Gesetz=Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

- Nr. 42.

(Nr. 10567.) Gefetz, betreffend die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiverordnungen über die Berpflichtung zur Hilfeleistung bei Branden. Bom 21. Dezember 1904.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Soweit das Feuerlöschwesen nicht durch Ortsstatut geregelt ist, können Polizeiverordnungen über die Verpflichtung der Einwohner zur persönlichen Hisfeleistung bei Bränden, insbesondere zum Eintritt in eine Pflichtseuerwehr, über die Regelung der hiermit verbundenen persönlichen Dienstpflichten, über die Gestellung der ersorderlichen Gespanne und über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden in der Umgegend, erlassen werden.

Solche Polizeiverordnungen gehören im Sinne des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195)

nicht zum Gebiete der Sicherheitspolizei.

Sie treten außer Kraft, soweit das Feuerlöschwesen durch ein Ortsstatut

geregelt wird.

Das Ortsstatut ist an die Bestimmungen des § 68 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152) nicht gebunden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 21. Dezember 1904.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bülow. Schönstedt. Gr. v. Posadowsky. v. Tirpig. Studt. v. Pobbielski. Frhr. v. Hammerstein. Möller. v. Einem.

Redigiert im Bureau bes Staatsminifteriums.

Berlin, gebrudt in ber Reichsbruderei.

Bestellungen auf einzelne Stücke ber Geset Sammlung sind an das Königl. Gesetssammlungsamt in Berlin W. 9 zu richten. Geset Samml. 1904. (Nr. 10567.)

Ausgegeben zu Berlin ben 31. Dezember 1904.

Gesetz Sammlung

fiir die

Königlichen Preußischen Staaten.

- Nr. 42.

(Nr. 10567.) Geseh, betressend bie Besugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Polizeiben verordnungen über die Verpstichtung zur Silseleistung bei Bränden. Vom 21. Dezember 1904.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Prenssen 20. verordnen mit Zustimmung beider Häuser Säuser des Landrags Unserer Monarchie, von folgt:

Seweit bas Feuerlöschwesen nicht durch Ortsstatut geregelt ist, können Polizewerdenungen über die Verpflichtung der Einwohner zur persönlichen Hilfesteung bei Bränden, insbesondere zum Einkritt in eine Pstichtseuerwehr, über die Regelung der hiermit verdundenen persönlichen Dienstpflichten, über die Gestellung der ersorberlichen Gespanne und über die Verpflichtung zur Hilfeleistung der Verfanden in der Umgegend, erlossen werden

Solche Polizewerordnungen gehören im Sinne des § 143 des Gesetzesüber die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195)

Sie freten aufter Rraft, tomeit

Se recen auger straft, someit das Feuerlöschwesen bireh ein Ortsstatut

Das Oristalut ist an die Bestimmungen des 9 68 des Kommunalabgaben jesehes vom 14. Juli 1893 (Gesek-Caumul C. 152) nicht gehunden

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem

Gegeben Reues Palais, ben 21. Dezember 1904.

(L. S.) Wilhelm

Gr. v. Bülow. Schönstebt. Gr. v. Posabowstv. v. Tirpig. Studt v. Pobbielski. Febr. v. Hammerstein. Möller. v. Ginem.

> Redigiert im Bureau bes Staatsministerlums. Berlin, gebruft in ber Reichsbruckerei.

Bastellungen auf einzelne Stücke ber Geseh-Sammlung sind an bas Königl. Gesessammlungsamt in Berlin IV. 0 zu richten. Geseh-Samml. 1904. (Nr. 10567.)

lindorgeben zu Berlin den 31. Dezember 1904.